Gesundheitswesen

Anna Wanner

Der eine Zimmernachbar hustet sich die Lunge aus der Brust, der andere hat ständig die ganze Familie zu Besuch und der dritte schnarcht wie ein Weltmeister.

Die Vorstellung eines Mehrbettzimmers bewegt viele Personen dazu, eine Zusatzversicherung abzuschliessen.

Tempi passati. Dass Patientinnen und Patienten mit mehr als einer Person ein Spitalzimmer teilen müssen, kommt heute kaum noch vor – und in Zukunft noch viel weniger. Nicht nur Privatkliniken, auch Kantonsspitäler im ganzen Land bauen den Zimmerstandard seit Jahren aus, wie eine Umfrage dieser Zeitung zeigt. Das Mehrbettzimmer, das Platz für drei und mehr Patientinnen und Patienten bietet, stirbt aus.

Einbettzimmer für alle Patienten

Auch grosse Spitäler schrecken nicht vor dem Ausbau zurück. 2016 ging das Zürcher Stadtspital Triemli neue Wege, als es das neue Bettenhaus mit 550 Betten eröffnete: Kein Zimmer verfügt über mehr als zwei Betten. Die Konkurrenz in Zürich toppte das Angebot sogar noch. Das Universitätsspital kündigte im gleichen Jahr an, es biete im geplanten Neubau nur noch Einzelzimmer an – für alle Patientinnen und Patienten, auch für Allgemeinversicherte.

Damals sorgte die Ankündigung für Aufsehen. Heute planen zwei grosse Kantonsspitäler auch mit Einbettzimmern: Im Neubau des Kantonsspitals Aarau «Dreiklang» entstehen mehrheitlich Einzelzimmer. Auch in den Neubauten des Kantonsspitals Luzern, in der Frauenklinik und im Kinderspital sowie im Spital Wolhusen werden Patienten künftig grossmehrheitlich in Einbettzimmern untergebracht.

Medizinische Vorteile überwiegen

Die Betreiber argumentieren mit medizinischen Vorteilen für die Patientinnen und Patienten. So kann das Infektionsrisiko gesenkt und die Genesung beschleunigt werden. Dadurch reduziert sich die Verweildauer. Gleichzeitig ist die Planung für das Spital einfacher. «Einbettzimmer ermöglichen ein flexibleres und effizienteres Steuern der Bettenkapazitäten, da keine



Zimmer für Patienten mit Privatversicherung heben sich nach wie vor häufig von anderen Zimmern ab – etwa dank besserer Aussicht, mehr Platz oder schönerer Ausgestaltung.

Neuer Luxus für Allgemeinversicherte

Spitäler setzen in Neubauten auf Ein- und Zweibettzimmer. Was das für Zusatzversicherte bedeutet.

Einschränkungen durch Gesundheitszustand, Infektionsrisiko, Geschlecht oder Religion berücksichtigt werden müssen», schreibt das Kantonsspital Aarau auf Anfrage. Weiter könnten Therapien, Untersuchungen und Gespräche künftig direkt im Zimmer stattfinden.

Ein Mix setzt sich in Spitälern durch

Längst nicht alle Häuser gehen so weit, das Einbettzimmer zum neuen Standard zu erheben. Weitaus verbreiteter sind Zweibettzimmer. Das neue Haus 07 des Kantonsspitals St. Gallen, das im Frühling 2024 bezogen wurde, hat 96 Patientenzimmer. Sie bieten maximal zwei Personen Platz. Das Bürgerspital Solo-

thurn beherbergt die Patientinnen und Patienten wahlweise in Ein- oder Zweibettzimmern. Und auch das neu eröffnete Kantonsspital Baden setzt auf Zweibettzimmer, mit der Möglichkeit eines Upgrades - auch für Allgemeinversicherte. Auf dasselbe Konzept setzen das Spital Limmattal, das Kantonsspital Glarus und Uri sowie die Kantonsspitäler im Thurgau und Baselland - alle bieten sie einen Mix aus Ein- und Zweibettzimmern an. Wobei Privatpatienten auch künftig Vorrang haben.

Auch die Strategie mit Zweibettzimmern erfolgt aus medizinischen Gründen. Zudem profitieren Patientinnen und Patienten von einem besseren Komfort. Und schliesslich wol-

len die öffentlichen Spitäler mit dem Angebot auch konkurrenzfähig bleiben und mit Privatkliniken gleichziehen. Auch in Zukunft gilt der neue Standard als gesetzt. Die Gruppe der Gesundheitsversorgung Health Ostschweiz, zu der das Kantonsspital St. Gallen gehört, erklärt stellvertretend: «Bei Neubauten gehören Mehrbettzimmer der Vergangenheit an.»

Wird Zusatzversicherung fürs Spital obsolet?

Für die Versicherten stellt sich aufgrund dieser Entwicklung die Frage, ob sich eine Versicherung privat oder halbprivat im Spitalbereich noch lohnt, wenn selbst Allgemeinversicherte mindestens ein Zweierzimmer erhalten und in vielen Spitälern die Möglichkeit haben, für einen Aufpreis zusätzlich ein Upgrade zu buchen.

Der Versicherungsverband (SVV) begrüsst es, dass viele Spitäler ihre Infrastruktur modernisieren. Für die Krankenzusatzversicherung bedeute dies aber, dass sich «die versicherten Mehrleistungen entsprechend mitentwickeln müssen», schreibt er auf Anfrage. Im Bereich der Hotellerie bleibe die Zusatzversicherung ein wichtiger Aspekt, weil viele Spitäler punkto Ausstattung und Grösse der Zimmer immer noch unterschiedliche Kategorien führen.

Für die Krankenkassen rücken darum ärztliche und klinische Leistungen in den Vordergrund – etwa die Wahl des behandelnden Arztes, der Zugang zu innovativen Behandlungen, spezielle Pflege und Betreuung. Wie sich der Mehrwert konkret äussert, hängt von den Verträgen zwischen den Krankenkassen und Spitälern ab. Grundsätzlich geht der Versicherungsverband «fest davon aus, dass Spitalzusatzversicherungen auch in Zukunft attraktiv und relevant bleiben.»

Strategie birgt finanzielle Risiken für Spitäler

Angesichts der steigenden Gesundheitskosten stellt sich auch eine andere Frage: Können wir uns diesen Luxus leisten? Das Universitätsspital Zürich erklärt stellvertretend: «Auch wenn Einzelzimmer im Neubau zunächst höhere Investitionskosten verursachen, überwiegen die langfristigen Vorteile deutlich.» Denn die Einzelzimmer schützen vor Infektionen, bieten Ruhe und fördern eine bessere Genesung.

Zudem liessen sich gar die Betriebskosten senken, schreibt das Universitätsspital Zürich. «Einzelzimmer ermöglichen eine flexiblere Nutzung und erleichtern die Bettenkoordination, was zu einer besseren Auslastung der Kapazitäten führt.» Dadurch würden die Qualität sowie die Wirtschaftlichkeit des Spitals nachhaltig gestärkt.

Andere Spitäler bezweifeln allerdings die Wirtschaftlichkeit von Einbettzimmern. So erklärt das Kantonsspital Baden, warum es auch Zweierzimmer vorsieht: «Wenn man ausschliesslich Einbettzimmer konzipiert, dann benötigt man eine grössere Nutzfläche, um dieselbe Anzahl Patienten unterbringen zu können.» Ein grösseres Gebäude habe unmittelbar negative wirtschaftliche Folgen. Die Kosten für Energie und Reinigung steigen. Ausserdem lassen sich Patienten im Zweibettzimmer effizienter betreuen, wie das Spital schreibt.

Letztlich ist der neue Standard eine riskante Wette der Spitäler: Wenn sie Privat- und Halbprivat-Versicherten kaum Mehrwert bieten können, dann fliesst bald auch kein Geld mehr aus der Zusatzversicherung. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, dass Spitäler in der Schweiz nur dann wirtschaftlich erfolgreich sein können, wenn rund 20 Prozent der Patientinnen und Patienten eine Zusatzversicherung mitbringen.

Baume-Schneider schnürt 300-Millionen-Sparpaket

Gesundheitskosten: Am runden Tisch mit der Bundesrätin beschliessen Ärzte, Pharma, Krankenkassen und Spitäler 38 Sparmassnahmen.

${\bf Stefan\,B} \ddot{\bf u}hler\,{\bf und\,Anna\,Wanner}$

Rückenschmerzen: Wenn das Aufstehen am Morgen zur Tortur wird oder ein Schmerz wie ein Blitz durch den Körper fährt, ist der Gang zur Ärztin nicht weit. Und oft ist mit dem Arzttermin die Erwartung verbunden, dass in der Praxis oder der Notaufnahme eine Bildgebung erstellt wird. Man möchte sehen, was kaputt ist im Rücken.

Bloss: Hat eine Patientin oder ein Patient keine anderen schweren Erkrankungen oder alarmierende Symptome, sogenannte «red flags», bringt die Bildgebung oft nichts. «In diesem Fall soll künftig in den ersten sechs Wochen keine spezielle Bildgebung wie ein MRI erstellt werden.» Das sagte Yvonne Gilli, Präsidentin des Ärzteverbands FMH, am Dienstag vor den Medien in Bern.

«Smarter medicine» heisst das Konzept, mit dem wirkungslose und mitunter schädliche medizinische Behandlungen vermieden und zugleich Kosten eingespart werden sollen. Jede ärztliche Fachgesellschaft soll eine Top-5-Liste unnötiger Behandlungen erstellen, viele haben das schon getan. Es ist ein Beitrag der Ärztinnen und Ärzte an ein Paket von 38 Massnahmen, mit dem im Gesundheitsbereich 300 Millionen Franken gespart werden sollen, jährlich wiederkehrend. Der Betrag entspricht knapp einem Prämienprozent.

Unter grosser Geheimhaltung haben sich Akteure des Gesundheitswesens dieses Jahr mehrmals mit SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider zum runden Tisch «Kostendämpfung» getroffen, mit dem

Ziel, das Kostenwachstum mit kurzfristigen Massnahmen zu bremsen.

Am Montagabend lüftete die Gesundheitsministerin das Geheimnis, wie das gelingen soll. Sie trat zusammen mit Gilli auf, mit Felix Gutzwiller, dem ehemaligen Zürcher FDP-Ständerat als Vertreter der Krankenkassen, und Lukas Engelberger, dem Präsidenten der Gesundheitsdirektoren. Stolz präsentierten sie die Massnahmen, die auch von der Pharma, den Spitälern und Patientenorganisationen mitgetragen werden. So

wollen die Krankenkassen ihre Verwaltungskosten um zwei Prozent senken, was 40 Millionen Franken ausmacht. Bei Medikamenten soll neu der Wirkstoff verschrieben werden, nicht ein bestimmtes Medikament, um günstige Generika zu fördern. Der Verzicht auf Papierrechnungen ab Juli 2026 soll Einsparungen von 36 Millionen bringen.

Nun sind die steigenden Gesundheitskosten schon seit Jahren eine der grössten Sorgen in der Bevölkerung. Warum kommen diese Massnahmen, die sich laut Baume-Schneider relativ unkompliziert und rasch umsetzen lassen, erst jetzt? Die Gesundheitsministerin interpretiert die Zusammenarbeit der Akteure als Ausdruck des gemeinsamen Willens, die Kosten zu dämpfen. Dafür habe es die Treffen am runden Tisch gebraucht, auch um zu sehen, «dass die anderen Partner ebenso einen Schritt machen». Sie kündete an, dass sie die Politik der kleinen Schritte weiterführen will. Die Sparanstrengungen sind mit dem einen Prämienprozent nicht abgeschlossen.